



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

England und Amerika.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

England und Amerika.

Die Rede, welche Mr. Sumner im Senat der Vereinigten Staaten über die Verwerfung der von Reverdy Johnson abgeschlossene Convention zur Beilegung der Alabama-Ansprüche gehalten, hat die größte Bewegung in der ganzen Welt erregt und das Schreckbild eines Krieges zwischen England und Amerika näher gerückt, als es jemals seit den Sorgen der Trent-Affaire gewesen ist. Auch beruhen diese Befürchtungen keineswegs auf bloßer Einbildung. Goldwin Smith z. B., einer der vorgeschrittensten englischen Radicals, welcher vor kurzem europamüde nach Amerika übersiedelte, hat einem Freunde in London geschrieben, daß er nicht wisse, wie lange ihm die gegen England herrschende feindselige Stimmung noch erlauben werde, in den Vereinigten Staaten zu bleiben und der ungemein nüchterne Newyorker Correspondent der „Daily News“ hält die Lage für recht bedenklich. Es verlohnt sich daher wohl, etwas näher auf die Sache einzugehen, zumal ein wirklich ausbrechender Conflict zwischen beiden Reichen schwerlich ein Duell bleiben könnte und jedenfalls den weitreichendsten Einfluß auf Europa haben würde.

Es muß von vornherein zugegeben werden, daß wenn jetzt Englands Interessen ernstlich bedroht sind, der Staat dies lediglich seiner verkehrten Politik zu danken hat und vor Allem Lord Russell, welcher es Amerika gegenüber ebenso verstand, sich zwischen zwei Stühle zu setzen, wie in der polnischen, der Schleswig-holsteinischen und anderen Fragen. Bei Ausbruch des Bürgerkriegs hatte England nur eine Alternative, entweder es benutzte denselben, die Republik der Vereinigten Staaten, deren reißenden Wachsthum es lange mit Unbehagen zugehört, zu sprengen, indem es für den Süden Partei nahm, sobald derselbe sich constituirt hatte, oder es stellte sich auf die Seite der Union, indem es eine dem Norden freundliche Neutralität beobachtete. Lord Russell that keines von beiden, er lehnte die wiederholten Aufforderungen Napoleons, die Südstaaten anzuerkennen, ab, aber er trat niemals den Sympathien, welche die regierenden Classen Englands für den Süden zeigten,

entgegen, er ließ es ohne Widerspruch hingehen, daß ein Mitglied seines Cabinets im Parlament erklärte: Jefferson Davis habe eine Nation geschaffen, und zeigte dem Norden ein so unfreundliches Gesicht, als es nur möglich war, ohne direct zu brechen. Die Folge war eine Erbitterung Amerika's gegen England: die weit größer war als gegen Frankreich, welches die Initiative eines direct feindseligen Vorgehens genommen. Das Cabinet von Washington setzte zur Demüthigung Napoleons die Räumung Mexiko's durch, aber damit war auch die Rechnung liquidirt, umgekehrt mußte es in der Trentfrage England nachgeben, aber es blieb eine Bitterkeit, welche bekundete, daß man die Abrechnung auf gelegene Zeit verschiebe. Diese umgekehrte Stellung zu den Westmächten erklärt sich auch dadurch, daß in Frankreich die Presse und öffentliche Meinung mit großer Einmüthigkeit die Partei der Union als einer alten Verbündeten ergriff und die Fortdauer des Sklavenhalterregiments bekämpfte, während die diplomatischen Schritte des Kaisers in London auf Anerkennung des Südens der Masse des amerikanischen Volkes meist unbekannt blieben. In England dagegen nahmen Presse und Parlament mit ebenso großer Entschiedenheit die Partei des Südens, Bright stand mit seinen Sympathien für die Union fast allein. Aber die Amerikaner hatten concretere Beschwerden gegen die englische Regierung, als deren Sympathien mit ihren Gegnern, England zeigte seine Connivenz für den Süden durch die laze Ausführung der Neutralitätsgesetze, speciell hinsichtlich der Ausrüstung südstaatlicher Kaper in seinen Häfen. An den schreiendsten Fall, den der Alabama, knüpft sich die gegenwärtige Differenz. Die Alabama war in Liverpool heimlich gebaut; kurz vor ihrem Auslaufen erhielt der dortige amerikanische Consul Gewißheit über ihre Bestimmung und verlangte von den englischen Behörden die Beschlagnahme. Dieselben telegraphirten um Verhaltungsbefehle an das Auswärtige Amt, aber als die Depesche an einem Sonnabend Morgen eintraf, war Lord Russell aufs Land gegangen. Sein Vertreter, der permanente Unterstaatssecretair Mr. Hammond, ein enger Bureaukrat, wagte keine Entscheidung zu treffen, und als am Montag der Minister wieder anlangte, war die Alabama auf hoher See. Es ist bekannt, welchen ungeheuren Schaden dieser Kaper dem amerikanischen Handel zugefügt. Nach Beendigung des Bürgerkriegs forderte Amerika hierfür Ersatz, dessen Betrag durch ein Schiedsgericht festgestellt werden sollte. Lord Russell wies dies Verlangen kurzer Hand ab. Lord Stanley, der ihm im Juni 1866 im Auswärtigen Amte folgte und durch keine Antecedentien gebunden war, brachte den aufrichtigen Wunsch mit, die Differenz auszugleichen, und erklärte sich bereit, das Schiedsgericht anzunehmen, ein Entschluß, der in England mit ungetheiltem Beifall begrüßt wird. Aber Mr. Seward änderte jetzt plötzlich seinen Standpunkt, er, der ein Schiedsgericht gefordert mit der aus-

drücklichen Bestimmung, über die Alabamaansprüche zu entscheiden, verlangte jetzt plötzlich, daß demselben auch die Frage unterbreitet werde, ob England berechtigt gewesen, die Südstaaten als kriegsführende Macht anzuerkennen, obwohl dies von fast allen Regierungen geschehen war, den gefeierten Freund der Union, den Kaiser von Rußland nicht ausgenommen. Lord Stanley blieb nur übrig, eine solche Forderung bestimmt abzuweisen, weil eine derartige Entscheidung die Sache jedes souverainen Staates sei und der Norden diese Anerkennung selbst implicite dadurch ausgesprochen, daß er die Anerkennung seiner Blockade gegen die Südhäfen verlangte. Mr. Adams aber, der amerikanische Gesandte aus London, welcher die Sache der Union unter den schwierigsten Umständen mit Geschick und Energie vertreten, fand sich durch diese plötzliche Schwenkung seines Chefs in eine so unbequeme Stellung versetzt, daß er seine Entlassung einreichte. Einen Augenblick schien es, als ob man in Washington fühlte, daß man zu weit gegangen; der Nachfolger von Adams, Reverdy Johnson, traf im Sommer 1868 mit versöhnlichen Instructionen ein, verkündigte in zahlreichen Tischreden Friede und Freundschaft und beim Lordmayors-Bankett konnte Lord Stanley den Abschluß einer Convention mit Amerika auf befriedigenden Grundlagen verkünden. Auf Seward's Wunsch ward dieselbe noch zwischen Johnson und dem inzwischen als Minister eingetretenen Lord Clarendon in einigen Punkten abgeändert und ging dann nach Washington zurück, um dem Senat zur Ratification vorgelegt zu werden.

Dazu aber kam es nicht sofort, denn inzwischen hatte die Präsidentenwahl stattgefunden und vor dem Amtsantritt eines gewählten Präsidenten werden vom Congreß keine wichtigen Fragen entschieden. Kaum aber hatte Grant das weiße Haus bezogen, als der Senat die auf den von der amerikanischen Regierung selbst vorgeschlagenen Bedingungen abgeschlossene Convention verwarf und Mr. Sumner als officiöser Vertreter der Regierung in einer heftigen Rede Ansprüche von wirklich fabelhafter Art erhob. Als Erklärung läßt sich nur die Alternative finden, daß entweder die Sprache der Regierungspartei merkwürdig zusammenhangslos und unverständlich ist, oder daß Grant es auf einen Bruch mit England abgesehen hat.

Ersteres passiert nun gerade in Amerika oft, man nimmt den Mund zuerst sehr voll und zieht hernach die Hörner ein, so war es früher beim Trentfall, so neuerlich bei Cuba. Das Repräsentantenhaus hat eine Resolution zu Gunsten der Anerkennung der Unabhängigkeit jener Colonie beschlossen, aber die Regierung wagt doch nicht darauf hin selbst mit dem schwachen Spanien zu brechen. Wahrscheinlich ist der Glaube in den Vereinigten Staaten sehr verbreitet, daß man England ungestraft reizen oder beleidigen könne. Die schwächliche Politik Russell's hat dieser Ansicht starken

Vorschub geleistet, Lord Stanley erhob die Nichtintervention zum Princip und verkündete auf dem Liverpooleser Bankett vom 22. Oct. 1868 als Englands Politik der Zukunft: „streng die Rechte der Schwachen wie der Starken zu respectiren, sich nicht zu beeilen erlittenes Unrecht zu rächen, sondern sich dem leidenschaftslosen Schiedsrichterspruch irgend eines competenten Tribunals zu unterwerfen.“ Darauf folgte nun schließlich ein Ministerium, in dem John Bright, die personificirte Nichtintervention als Mitglied sitzt, und so ist es wohl erklärlich, daß die Yankee's, von denen England sich schon so viel hat gefallen lassen, glaubten, sie brauchten nur recht grob zu drohen, um noch mehr zu erreichen. Indeß wäre dies doch kein geringerer Irrthum, als der des Kaisers Nicolaus, welcher die entschiedene Abneigung des Aberdeenschen Cabinettes, sich auf Feindseligkeiten einzulassen, als Unfähigkeit auslegte, zu denselben zu schreiten. Schon die Aufnahme, welche die Sumnersche Rede selbst bei den radicalsten Blättern gefunden, sollte hinreichen, die Washingtoner Regierungslente darüber aufzuklären, England befinde sich keineswegs in nachgiebiger Stimmung, sondern vielmehr in der eines Mannes, der fühlt, daß er bis an die Grenzen jedes möglichen Entgegenkommens gegangen und dafür nur Undank geerntet hat. Lord Clarendon wird nach wie vor zum Ausgleich auf der früheren Basis bereit sein, aber er wird die Unterhandlung über die Alabamafrage nicht wieder eröffnen, ehe er sicher ist, daß auf amerikanischer Seite der ehrliche Wunsch besteht, wirklich zur Verständigung zu gelangen und am wenigsten dürfte Amerika etwas durch hochfahrenden Ton erreichen. Es ist deshalb zweifelhaft, ob die Wahl Motley's zum Gesandten in London eine glückliche heißen kann; er wird sich zwar nicht um seinen Hals reden wie Reverdy Johnson, der sich in kurzer Zeit lächerlich gemacht hat, und ist in England als Geschichtsschreiber hochgeschätzt, aber seine politischen Ansichten sind schroff, sein Temperament heftig und verletzlich und er hat aus seinem tiefen Groll über Englands Haltung während des Bürgerkriegs nie ein Geheimniß gemacht. Es konnte daher nicht fehlen, daß auf diese Wahl, welche schon an sich bedenklich angesehen ward, ein noch ernsteres Licht durch die Rede Sumners fiel, dessen vertraute Beziehungen zum Präsidenten bekannt sind. Man fragt sich also, will Grant den Bruch? kann er ihn wollen? Nach aller vernünftigen Berechnung gewiß nicht, die Vereinigten Staaten sind noch vom Bürgerkrieg tief erschüttert, in der Mehrzahl der Südstaaten herrschen Militairgouverneure. Alle Classen fühlen sich gedrückt von den fast unerschwinglichen Steuern, welche nöthig sind, um die Zinsen der Staatsschuld zu bestreiten, ein Krieg mit England müßte letztere so steigern, daß der Bankerott fast unvermeidlich würde, während England, welches seine gewaltige Schuld mit Leichtigkeit trägt, dieselbe um 100 Mill. Pfd. Strl. vermehren könnte, ohne seinem Budget ernste Unbequemlichkeiten

zuzumuthen. Ebenso überlegen ist England militairisch, allerdings müßte Canada preisgegeben werden, obwohl dasselbe unzweifelhaft Alles aufbieten würde, sich der Annexion zu erwehren, aber damit verlöre England nichts, welches längst seine amerikanischen Besitzungen gerne los wäre, wenn dies mit Ehren geschehen könnte. Ebenso wäre Amerika im Stande eine Rebellion in Irland hervorzurufen, aber wenn dieselbe auch England einen ernstern Kampf kosten würde, so wäre ihre Unterdrückung doch zweifellos und würde nur neues Elend über das bethörte Volk bringen, welches sich dazu verleiten ließe. Canada und Irland aber sind die beiden einzigen verwundbaren Punkte Englands Amerika gegenüber. Denn zur See vermag die amerikanische Marine wenig gegen die englische, selbst wenn sie das Meer mit Kapern bedeckte.

Man sollte glauben, solche Gründe seien hinreichend einen Krieg zu vermeiden, für den kein vernünftiger Grund vorliegt, aber man darf andererseits nicht außer Augen lassen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in letzter Instanz von einer wankelmüthigen und erregbaren Volksmasse abhängt. Dazu kommt, daß Grant, wie man bereits sagen darf, die Erwartungen, welche man ihm entgegenbrachte, nicht erfüllt; er war ein guter General und benahm sich bei der Wahl mit klugem Tact, aber den schwierigen Obliegenheiten der obersten politischen Leitung zeigt er sich nicht gewachsen. Sein erstes Cabinet ging ihm in Stücke noch ehe es gebildet war, seine Wahlen für die großen Gesandtenposten werden entschieden getadelt, namentlich die Washburnes für Paris und er verliert bei seiner eigenen Partei rasch an Credit, während die Angriffe der Gegner sich verdoppeln. Man legt ihm deshalb den Gedanken unter, durch einen großen Krieg eine Ableitung nach außen zu suchen, welche ihn als General wieder auf die Höhe der Bewegung bringen würde. Mit der Ankunft Motley's in London wird es sich bald zeigen, ob diese Conjecturen Grund haben; sicher ist nur, daß er mit Drohungen nichts erreichen wird. — Wir erlauben uns schließlich einen Passus zu citiren, womit wir Anfang November vorigen Jahres in diesen Blättern S. 326 eine Besprechung der auswärtigen Politik Englands beschlossen: „Trotz der allgemeinen Stimmung für die Nichtintervention sind wir überzeugt, daß sie auf die Länge nicht dauern kann, selbst die Mehrheit, welche sie jetzt vertheidigt, fühlt das Demüthigende, das in ihr liegt; es wird sich über kurz oder lang eine Grenze zeigen, an der das passive Zusehen aufhören muß. England erinnert freilich jetzt in mancher Beziehung an das Holland des 18. Jahrhunderts, welches damals auch ängstlich jeder Verwickelung aus dem Wege ging; es ist zu reich, zu satt und so verletzlich in seinen weitverzweigten Interessen geworden, daß es jeden Streit vermeidet. Aber andere Staaten befinden sich nicht in derselben Gemüthsverfassung und sie werden seine Geduld über kurz oder lang auf solche Proben stellen, daß

es nicht mehr Schiedsrichtersprüche suchen, sondern sich genöthigt sehen wird, der Welt zu zeigen, daß es eventuell seine Interessen, seine Ehre und seinen Einfluß mit den Waffen zu vertheidigen weiß.“

Wir ahnten damals nicht, daß jene Probe so bald kommen werde, aber wir sind überzeugt, sie würde so mannhaft bestanden werden, wie wir damals voraussetzten.

Vor dem zweiten Zollparlament.

Der Tag für den Zusammentritt des Zollparlamentes ist bestimmt. Wir setzen unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf die Verhandlungen dieser dritten parlamentarischen Körperschaft Deutschlands keinerlei sanguinische Hoffnungen. Wir im Norden sind im letzten Jahre trotz aller Hindernisse viel weiter gekommen. Hat auch die Stimmung des Südens im Vergleich zum vorigen Jahre Fortschritte gemacht?

Nicht die Preußen, sondern die Süddeutschen waren es, welche die Mainlinie überschritten — als es zur ersten Versammlung des Zollparlamentes ging. Mit kriegerischem Zorn kamen die Abgeordneten für Reutlingen, Mergentheim, Regensburg und Landshut, sie zogen dem Norden zu, wie einst die Helden der Burgunden zu dem Hofhalt des großen Hunnenkönigs Attila, finster, trozig, in schwerem Muth. Nun, die süddeutsche Schaar hat König Wilhelm's Schloß nicht in Brand gesteckt, noch ist sie unter den Linden oder auf dem Dönhofsplatz feindlich belagert worden, wie die Nibelungen im Hunnenlande, obgleich Moriz Mohl, der finstere Hagen, und Dr. Sepp, der Fiedler, wetteifernd Trost boten. Bayern und Schwaben, Franken und Alemannen sind glücklich heimgekehrt aus dem Bereich des schwarzen Adlers. Viele gaben sich die Miene, als wenn die Fahrt ins Zollparlament mehr Verdruß als Vergnügungszug gewesen wäre; Professor Schäffle hatte nicht Theil genommen am Gabelfrühstück in der Börse und Edmund Joerg schloß sich aus vom Besuch des Kieler Hafens. Aber Edmund Joerg sann schon auf seinen Bericht an die „Historisch-politischen Blätter für das katholische Deutschland“ und Albert Schäffle hatte längst die Berufung an die Universität zu Wien im Sinn.

Die Preußen werden im vergangenen Jahr von den Ankömmlingen aus dem Donau-, Main- und Neckarthal, vom Nesenbach, von der Wertach, der Isar, Jaxt und Murr nicht erwartet haben, daß sie Land und Menschen an der Spree bewundernd anstaunten. Aber auch die Süddeutschen fanden den